

arbeit. Denn erst mit der Arbeit an einem Datensatz und verschiedenen Tools ergeben die Tipps einen praktischen Nutzen. Schaden können solche Kompetenzen mit Sicherheit nicht. Oder, wie der Autor abschließend fragt: „Welche Methode wäre besser dafür geeignet, eine digitale Welt zu begleiten und zu beschreiben“ (S. 92)?

Jonas Schützeneder, Eichstätt

Antonius Liedhegener/Gert Pickel (Hg.): Religionspolitik und Politik der Religionen in Deutschland. Fallstudien und Vergleiche. Wiesbaden: Springer VS 2016, 338 Seiten, 49,99 Euro

In manchen Augenblicken der Geschichte verdichtet sich der Gang der Ereignisse [...] in einem solchen Maße, dass vom Tun und Lassen in diesen Situationen Richtungsentscheide ausgehen [...]. Gute Politik erkennt man daran, dass sie solche Momente erfasst und zu gestalten vermag“, konstatiert der Politikwissenschaftler Antonius Liedhegener (S. 334). Liedhegener bezieht sich damit auf die Mahnwache am Brandenburger Tor im Januar 2015. Der Zentralrat der Muslime in Deutschland ruft – nach dem Anschlag auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ – zur Solidaritätsbekundung mit Frankreich auf. Neben Vertreter_innen der Religionsgemeinschaften kommen ebenso politische Repräsentant_innen zu Wort. Durch die Mahnwache tritt ein Verhältnis von Politik und Religion öffentlich in Erscheinung. Der Band „Religionspolitik und Politik der Religionen“, den Liedhegener mit dem Religionssoziologen Gert Pickel herausgibt, nimmt die gegenseitigen Referenzen dieser Felder in den Blick. Religionspolitik bezeichnet hier jedes politische und richterliche Prozedere, das sich auf weltanschauliche Themen in liberalen Gesellschaften beziehe. Anspruch des Bandes ist es, Religionspolitik in Deutschland zu skizzieren, ihre Entwicklungen nachzuvollziehen und ihre Referenz auf andere Politikfelder wie die Integrations- oder die Migrationspolitik zu verdeutlichen.

In den Konfliktpotenzialen des pluralistischen Zusammenlebens sowie in der Frage nach dem Stellenwert von Religion im (post)säkularen Staat sieht der erste Abschnitt die Relevanz der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Diskurse zu Zivilreligion, Islam und Demokratie sowie Religion und Gewalt bei einer gegenwärtig verstärkten sozialwissenschaft-



lichen Auseinandersetzung würden anzeigen, dass „die Religion [...] der Demokratie etwas zu bieten [hat] und umgekehrt“ (S. 53), worin sich auch eine Analogie zur „kooperativen Trennung“ (S. 6) nach dem Modell des aktuellen Koalitionsvertrags erkennen ließe.

Einen dezidierten Blick auf Konsequenzen des öffentlichen Agierens religiöser Akteure liefert der zweite Abschnitt. Dabei zeigt sich, dass gerade Bioethik, wenn sie nach den Verfügbarkeitsgrenzen über menschliches Leben fragt, prädestiniert für christliche Argumentationen bei Abgeordneten ist – und zwar parteiunabhängig. „Das hörende Herz [das die Bundestagrede Benedikts XIV. den Abgeordneten anrät] wird dann relevant, wenn es um grundlegende Entscheidungen geht“ (S. 80). Neben Parlamentarier_innen wird die öffentliche Positionierung religiöser Repräsentant_innen exemplarisch analysiert: „Während die beiden Kirchen sich geschlossen gegen Stammzellforschung aussprachen, erklärt die divergierende Haltung der Theologen das Bild, dass [...] demnach die Kirche in der Diskussion nicht so stark [...] gegen die Forschung argumentiert hatte“ (S. 125). Trotz ihrer einheitlichen Positionierung scheint es den Kirchen im Diskurs folglich nicht gelungen zu sein, auch alle Theolog_innen zu überzeugen und als Unterstützer_innen zu gewinnen.

Themen zur deutschen Religionspolitik innerhalb Europas – und damit zu Abschnitt drei – beschäftigen sich unter anderem mit einer Annäherung der Mitgliedstaaten. „[D]ie EU-Mitgliedschaft [steht dabei] [...] nicht mit einer Liberalisierung [...], sondern vielmehr mit einer Intensivierung der regulativen Praxis [...] in Verbindung“ (S. 194f.), wobei sich letztere auch unterstützend auswirken kann. In Untersuchungen zum Islam fällt auf, dass sich nicht feststellen lässt, dass Muslime demokratische Strukturen ablehnen. Deshalb müssten „weniger die Muslime [...] Ziel des politischen Handelns sein [...], als vielmehr die Masse der Bürger, die muslimischen Gruppen derzeit skeptisch bis gar feindlich gegenübersteht“ und zwar über eine aufklärende Verknüpfung der Religions- mit der Migrations- und Identitätspolitik (S. 224).

Der Band schließt mit dem eingangs zitierten Essay, der in der Berliner Mahnwache einen Umbruch vermutet: Durch verstärkte Zusammenarbeit mit und Inklusion der muslimischen Minderheit lässt sich das politische „Wir“ neu bestimmen. Um diese Tendenz weiter zu erörtern, geben die Beiträge des Ban-

des einen guten Überblick über Einflussfaktoren auf Gestaltung und Rezeption von Religionspolitik. Entstanden sind die Aufsätze vor allem im Kontext einer Tagung der Evangelischen Akademie zu Berlin aus dem Jahr 2013. Mehr als drei Jahre bedeuten für diese derzeit durchweg dynamische Thematik erhebliches Entwicklungspotenzial. Deshalb wäre bei einigen Untersuchungen von großem Interesse, aktuelleres Datenmaterial zu prüfen, um die Bedeutung politischer Arbeit für Religionsfreiheit ohne Diskriminierung im Sinne eines demokratischen Gemeinwesens wissenschaftlich zu vertiefen.

Susanna Wolf, Erlangen-Nürnberg

Julia Knop/Jan Löffeld (Hg.): Ganz familiär. Die Bischofssynode 2014/2015 in der Debatte. Paderborn: Verlag Friedrich Pustet 2016, 147 Seiten, 19,95 Euro.

Wer nach der aufmerksamen Lektüre des Untertitels erwartet, „Ganz familiär“ böte eine kontroverse, aus verschiedenen Lagern gespeiste Debatte zur Bischofssynode zum Thema „Die Berufung und Sendung der Familie in Kirche und Welt von heute“, wird leider enttäuscht. Nichtsdestotrotz lohnt sich ein intensiver Blick in den lesenswerten Münsteraner Sammelband, weil er viele Facetten der Synode aus unterschiedlichen Perspektiven durchleuchtet und kritisch analysiert. Entstanden ist der Band aus den Ergebnissen eines Studententages der Katholisch-Theologischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster im Juni 2015; wobei viele Autor_innen vor Fertigstellung ihrer Beiträge das Ende der Synode und das nachsynodale päpstliche Schreiben „Amoris laetitia“ abgewartet haben. Davon profitiert der Band zweifellos.

Den Auftakt, nach einem langen und einordnenden Vorwort, macht Herausgeberin Julia Knop mit ihrem Aufsatz zu eben jenem nachsynodalen Schreiben, das sie ausführlich analysiert und kommentiert und dabei immer wieder mit der Synode in Verbindung bringt. Dieses abschließende Schreiben des Papstes der Analyse der Synode voranzustellen, macht durchaus Sinn, denn so komplettiert sich für den Leser gleich zu Beginn ein Verständnis der Ehe- und Familienpastoral, wie sie in der Synode zur Debatte stand und wie der Papst sie abschließend formuliert, begründet und versteht. Auf Knops

